

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

[Beiträge]

[urn:nbn:de:bsz:31-336850](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-336850)

Ihr Andenken ehrt der Schmied-Franz dadurch, daß er auch jetzt, wo er selber Taubenwirt ist, offen die Farbe der Liebe und der Freiheit bekennt: „rot!“ —



Das neue Vermögenssteuergesetz.

Die Gesetzgebungsmaschinerie arbeitet bekanntlich sehr langsam. Mehr als 20 Jahre sind dahingeflossen, bis die schon im Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts als notwendig anerkannte Reform des sogenannten Ertragssteuer-systems in Angriff genommen wurde. Endlich wurde dem Landtag 1905/1906 eine Vorlage seitens der Regierung vorgelegt und nach langen mühevollen Beratungen in den beiden Häusern des Landtags kam das **Vermögenssteuergesetz** zustande. Das Sprüchwort: „Was lange währt, wird endlich gut“, hat sich aber in diesem Gesetzgebungswerk nicht bewahrheitet. Kaum daß es in Kraft getreten war, erhoben sich landauf landab Stimmen der Unzufriedenheit, die namentlich in den Städten sehr laut erschallten und das mit Recht.

Alle Gesetze, bei deren Schaffung einseitige wirtschaftliche Interessen rücksichtslos in den Vordergrund geschoben werden, wirken ungerecht. Das gilt ganz besonders für unser neues badisches Vermögenssteuergesetz. Hier hat man die Interessen der städtischen Bevölkerung und vor allem die des Gewerbes und der Industrie zugunsten derjenigen des platten Landes sehr schwer benachteiligt. Niemand wird es der Landwirtschaft vergönnen, wenn in gebührender Weise auf die mißlichen Verhältnisse Rücksicht genommen wird, wie sie durch die weltwirtschaftliche Entwicklung in den den letzten 30 Jahren über unsere deutsche Landwirtschaft gekommen sind und am allerwenigsten kann man es wünschen, daß die Landwirtschaft treibende Bevölkerung ungerecht und hart besteuert wird. Aber ebenso ungerecht ist es, wenn dem Teil der Landwirte das Steuerzahlen geschenkt wird, der Steuern zahlen kann und wenn man zu diesem Zwecke andere Bevölkerungs- und Erwerbschichten härter besteuert, als sie es verdienen. Das aber hat man mit dem neuen Vermögenssteuergesetz getan.

Dieses neue Gesetz unterwirft grundsätzlich das liegenschaftliche Vermögen in allen seinen Teilen der Besteuerung; ebenso das Betriebsvermögen. Ferner soll das bewegliche Vermögen, soweit es nicht unter das Betriebsvermögen fällt, also z. B. das Forderungskapital, der Besteuerung unterliegen. Ausgeschlossen von der Besteuerungspflicht sind der Staat und die Groß-Zivilliste, obwohl die letztere viel eher in der Lage wäre, Vermögenssteuer zu bezahlen, als alle übrigen Steuerpflichtigen des badischen Landes. Würde die Zivilliste zur Besteuerung herangezogen, was nur recht und billig wäre, so würde der badische Staat alljährlich ein hübsches Stümmchen mehr an Steuern einnehmen.

Um die Vermögenssteuer an Stelle der bisherigen Ertragssteuern einführen und erheben zu können, mußten ganz neue Kataster aufgestellt werden. Dies war wieder nur möglich, indem die Liegenschaften samt Gebäuden im ganzen Lande neu eingeschätzt wurden. Wie notwendig das war, zeigte die kolossale Zunahme der Vermögenswerte, wie sie durch die Neueinschätzung in Stadt und Land sich herausstellte. Freilich sind bei dieser Neueinschätzung auch in vielen Fällen

Nber schätzungen unterlaufen und zwar in der Stadt sowohl als auch auf dem Lande. Das wird aber wohl bei keiner Schätzung zu vermeiden sein. Die Neueinschätzung gab also die Grundlage ab für die neuen Vermögenssteuerkataster. Nun hat man aber bei der Schaffung dieses Gesetzes den Kardinalfehler begangen, daß man das Vermögenssteuergesetz machte, bevor die neuen Kataster, auf Grund deren die Vermögenssteuer erhoben werden sollte, fertiggestellt waren, sodaß man die Wirkung des Gesetzes nicht so voraussehen und berechnen konnte, wie es bei einem solchen Gesetz absolut notwendig gewesen wäre. Daher zeigt sich schon jetzt die auffallende Erscheinung, daß die begeistertsten Anhänger dieses erst im Jahre 1906 gemachten Gesetzes die Notwendigkeit einer baldigen Reform anerkennen müssen. „Meister, das Stück ist fertig, wir können mit den Reparaturen beginnen.“ heißt es hier. Sodann hat das Gesetz den weiteren Fehler, daß es den Steuerfuß gesetzlich festlegt. Bei den direkten Steuern aber sollte der Steuerfuß beweglich sein, so daß, wenn man eine Erhöhung oder Ermäßigung eintreten lassen will, nicht jedesmal die ganze Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzen muß.

Jedes Steuergesetz sollte und müßte auf dem Boden der Gerechtigkeit aufgebaut sein. An der Spitze aller Steuergesetze soll und muß die Einkommensteuer stehen. Die Sozialdemokratie fordert die progressivste, d. h. mit der steigenden Größe des Vermögens auch prozentual steigende Besteuerung des Einkommens. Je größer das Einkommen, um so prozentual höher sollte die Besteuerung sein. Wer 100 000 Mark Einkommen jährlich hat, kann viel leichter 20 000 Mk. d. h. 20 Prozent Steuer bezahlen, als derjenige, der von 1000 Mk. 5 Mk., d. h. 0,5 Prozent Steuer bezahlt, denn der erstere zahlt die Steuer von seinem Ueberflusse und hat trotzdem noch 80 000 Mk. Einkommen, während der Mann mit 1000 Mk. die 5 Mk. Steuer von seinem Notwendigsten abknapsen muß. Je ungerechter die Einkommenssteuer ist, um so ungerechter und drückender müssen auch die anderen Steuern, vor allem die Vermögenssteuer sein, das ist klar. Geld braucht der heutige Staat auf alle Fälle und zwar sehr viel. Je mehr er aber die Reichen bei der Einkommenssteuer schon, desto schwerer muß er die Schaffenden und Besitzlosen sowohl direkt als insbesondere indirekt besteuern.

Dem neuen Vermögenssteuergesetz hätte also eine Neuordnung unseres Einkommenssteuergesetzes vorausgehen müssen, wodurch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer bedeutend hätten erhöht werden können. Dann hätte man bei der Vermögenssteuer nicht die Schuldenbesteuerung in dem Umfange beibehalten müssen, wie es leider geschehen ist, denn Schulden sind in den meisten Fällen eben Schulden und kein Vermögen.

An ein neu und gerecht geordnetes Einkommenssteuergesetz hätte sich dann das reine Vermögenssteuergesetz ergänzend anschließen müssen. Dann hätte man alle Vermögen, gleichviel wo sie sich befinden, erfassen und besteuern können. Zwischen den Besitzenden darf gerechterweise bei der Vermögenssteuer kein Unterschied gemacht werden, der verschiedene Ertrag des Vermögens wird ja durch die Einkommenssteuer berücksichtigt. Das hat man aber bei der neuen Vermögenssteuer nicht beachtet. Die landwirtschaftlichen Vermögen hat man bei der Steuerveranlagung degressiv, d. h. am Vermögenswert hat man Abschreibungen gemacht, während das industrielle Vermögen progressiv wurde, d. h. man hat es höher eingeschätzt, als sein wirklicher

Wert beträgt. Wenn jemand aus seinem Vermögen eine geringere Rentabilität zieht, so zahlt er selbstverständlich auch weniger Einkommenssteuer, als derjenige, dessen Vermögen gut rentiert. Hätte man also das Prinzip der reinen Vermögenssteuer ohne Unterschied der Besitzart anerkannt, so hätte man konsequenterweise auch nicht mehr die Besteuerung der auf dem Vermögen lastenden Schulden aufrecht erhalten können. Wer auf seinem Haus oder Grundstück im Werte von 100 000 Mk. 80 000 Mk. Schulden hat, der hat eben kein wirkliches Vermögen von 100 000 Mk., sondern nur ein solches von 20 000 Mk. Das neue Gesetz läßt den Schuldenabzug aber nur bis zur Hälfte der Schulden zu und das auch nur bei der staatlichen Vermögenssteuer, während bei der Gemeindesteuer die sämtlichen Schulden auf Liegenschaften und Grundstücke besteuert werden müssen.

Die Sozialdemokraten haben in der zweiten Kammer den Antrag gestellt, daß alle Vermögen unter 3000 Mark steuerfrei bleiben sollen, daß aber dann auch alle Vermögen über 3000 Mk. besteuert werden sollen. Dadurch wären die gering Bemittelten und Vermögenden, gleichviel welcher Berufsart sie zugehören, steuerlich gleich geworden. Der Antrag wurde aber von den beiden großen Parteien abgelehnt. Die Folge war, daß das Gesetz die größten Ungerechtigkeiten enthält. So wird der Gewerbetreibende in Stadt und Land schon von 1000 Mk. ab bei den Betriebskapitalien zur Steuer herangezogen, während bei der Landwirtschaft die Betriebskapitalien erst von 20 000 Mk. ab versteuert werden. So kommt es, daß in ganz Baden von den Hunderttausenden von Landwirten ganze 117 Betriebskapitalien versteuern. Und dazu kommt weiter, daß bei den landwirtschaftlichen Betriebskapitalien Abschreibungen bis zu 60 Prozent erfolgen, so daß ein reicher Landwirt mit 20 000 Mk. Betriebsvermögen nur 8 000 Mark versteuert, während der kleine Gewerbetreibende schon von 1000 Mk. ab sein Betriebsvermögen versteuern muß. Ferner sind bei der Landwirtschaft die Futter-, Saat- und Düngervorräte von der Besteuerung ausgeschlossen, während der Gewerbetreibende seine noch nicht bezahlten Warenvorräte und Rohstoffe versteuern muß. Welcher gerecht denkende Landwirt wird eine solche Ungerechtigkeit gutheißen wollen? Man kann doch auch bei der Landwirtschaft nicht mehr verlangen, als daß die schwachen Schultern geschont, die starken aber belastet werden. Ein landwirtschaftliches Betriebsvermögen von 10 000 bis 20 000 Mk. steuerfrei lassen, den Handwerker aber zwingen, seine nicht bezahlten Rohstoffe zu versteuern, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Ist es eine Belastung, wenn ein Landwirt mit einem Betriebsvermögen von 20 000 Mk. 20 Mk. Steuern dafür entrichtet? So schlecht rentiert die Landwirtschaft sicher nicht.

31

Ferner hat man die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften mit weniger als 50 000 Mk. Betriebskapital steuerfrei gelassen. Gut so, wir sind damit einverstanden. Haben aber die Arbeiterkonsumvereine nicht denselben Anspruch auf steuerliche Gerechtigkeit? Wenn ja, warum hat man ihnen nicht dieselbe Vergünstigung gewährt? —

So hat das neue Vermögenssteuergesetz an allen Ecken und Kanten Mängel und Fehler in Hülle und Fülle.

Es ist ein echtes Zentrumsmachwerk zur Verblendung der ländlichen Bevölkerung. Niemand hat die kleinen und mittleren Land-

wirte steuerlich ungerecht belasten wollen, am allerwenigsten die Sozialdemokratie, die alle Vermögen unter 3000 Mk. von der Steuer befreit haben wollte. Aber das Zentrum lebt von der künstlichen Berklüftung der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Wohin diese Politik führt, zeigt die steigende Unzufriedenheit in den Städten. Immer neue und höhere Steuern, dazu die künstliche Lebensmittelverteuerung, die den Staat Millionen kostet, an welchen auch wieder die Landwirtschaft ihr Teil tragen muß. Wo soll das hinaus? Unser Volk hat in seinen Massen keine solche auseinandergehenden Interessen, ganz im Gegenteil. Stadt und Land müssen, soweit sie nicht zu den „oberen Zehntausend“ gehören, zusammenstehen, denn sonst wird dem Bauer, wie dem Arbeiter und dem Gewerbetreibenden, das Fell über die Ohren gezogen.

Die Sozialdemokratie fordert steuerliche Gerechtigkeit für alle, ohne Unterschied, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande ihren Erwerb haben. Der kleine Bauer soll steuerlich geschont werden, wie der Arbeiter und kleine Handwerker. Der reichen Bauern aber die Steuern schenken, ist ungerecht und geschieht auch nur wieder zum Schaden des Kleinen Bauern, dem man dann auf andere Weise, ohne daß er es merkt, das Geld aus der Tasche holt.

Deshalb, ihr kleinen und mittleren Landwirte, macht die Augen auf und laßt euch durch das Blendfeuerwerk des Zentrums nicht immer wieder betören. Das Zentrum gibt den Kleinen immer erst dann, wenn es den Großen zuvor schon 10 mal mehr gegeben hat. Es spielt den Freund der Kleinbauern ebenso wie den der Herrenbauern, den Beschützer der Arbeiter und gleichzeitig den Freund des Kapitalisten. Letzten Endes sind aber die Kleinen, ob Bauer, Arbeiter oder Handwerker, die Betroffenen. „Haltet den Dieb!“ rufen die Diebe. So macht's das Zentrum in der Politik. Es schreit, schimpft und lügt über die Sozialdemokratie, damit es um so leichter und bequemer seine doppelzüngige Politik treiben kann. Aber — der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der Zentrumskrug wird auch einmal brechen, je eher, um so früher unsere Landwirte die Schliche der Zentrums politik durchschauen.

—b.



Ihr Kleingläubigen.

Als vor fünfzehn Jahren der Graf Zeppelin sich nach Geld umjah, um sein lenkbares Luftschiff zu bauen, da wurden in einem Erlaß seine früheren Kameraden, alles hohe Offiziere, gewarnt, etwas für ihn zu zeichnen. Denn, so hieß es in dem Erlaß, es sei von Sachverständigen festgestellt, daß die Zeppelinschen Ideen absolut nichts taugten.

Am 1. Juli 1908 ist der Graf mit seinem Luftschiff von Friedrichshafen über Schaffhausen, Zürich nach Luzern und wieder zurück an den Bodensee gefahren. Und der deutsche Kaiser hat ihm den ersten telegraphischen Glückwunsch geschickt. So ändern sich die Zeiten.

Der große griechische Philosoph Plato war fest überzeugt, daß die Menschheit ohne Sklaven nicht auskommen könne. Denn wer wollte die

Steinmühlen drehen, in denen der Weizen zu Mehl gemahlen wird? So fragte er.

Heute mahlen gewaltige Riesenwerke in einer Stunde hunderte von Zentnern Korn und Sklaven gibt es trotz des weisen Plato keine mehr.

Als Galilo Galiläi entdeckt hatte, daß die Erde sich um die Sonne und nicht die Sonne, wie man bis dahin geglaubt hatte, um die Erde drehe, da wurde er von einem Gericht von Kirchenfürsten zum Widerruf seiner Behauptung gezwungen. Und der Mönch Giordano Bruno, der die gleiche Ansicht vertrat wie Galiläi, wurde wegen Ketzerei in Rom verbrannt.

Heute bekommt jeder Schulbub in der sechsten Volksschulklasse, der nicht weiß, daß die Erde sich um die Sonne dreht, einen Fünfer. Mit Recht.

Als Fulton sein erstes Dampfschiff auf einem kleinen Fluß in Nordamerika fahren ließ, hielten ihn die Leute für verrückt. Heute fährt man auf Dampfern, die schwimmenden Palästen gleichen, in nicht ganz fünf Tagen von Hamburg nach New-York.

Als Stevenson in England mit der ersten Dampflokomotive Versuche machte, konnte ein Bäuerlein gar nicht verstehen, daß man so gefährliche Sachen unternehmen wolle. Vorwurfsvoll fragte er Stevenson: „Ja, und wenn jetzt einmal eine Kuh auf dem Geleis steht, wenn die Lokomotive kommt?“ — „Desto schlimmer für die Kuh!“ antwortete Stevenson.

Heute sind die Bauern froh, daß sie mit den Zügen ihre Kartoffeln, ihren Tabak, ihren Wein fortschicken können, und wer von Mannheim nach Basel fahren will, braucht dazu drei Stunden. Früher hat man drei Tage gebraucht und an hundert Gulden Reisegeld.

Als der Wiener Professor Semmelweis entdeckte, daß das Kindbettfieber, das noch in den sechziger Jahren einen großen Teil der Mütter das Leben kostete, nur durch die Unreinlichkeit der Ärzte und der Hebammen entstehen könne, wurde er von seinen Kollegen für verrückt erklärt, verfolgt und aus seinem Amt gedrängt. Der Kampf um seine Entdeckung gegen neidische und böswillige Gegner hat ihn ins Irrenhaus gebracht.

Heute hat Semmelweis ein Denkmal in Wien mit der Unterschrift: „Dem Wohltäter der Menschheit“. Und wenn ein Student, der Arzt werden will, im Examen nichts von Semmelweis weiß, dann fällt er durch.

Als vor dreißig Jahren der Fürst Bismarck beim Reichstag das Gesetz gegen die Sozialisten erzwang, da wurden die Sozialisten für Faulenzer und Mörder gehalten, die nichts wollten als mit den Reichen teilen, und wenn das Geld versoffen war, wieder teilen und so fort.

Heute hat die Sozialdemokratie Hunderte von geachteten Männern als Vertreter in den Parlamenten und Tausende in den Gemeinden.

Als im letzten Jahre Ignaz Auer in Berlin beerdigt wurde, gaben ihm Zehntausende von Menschen das Geleite; und als sie in Mannheim

August Dreesbach zu Grabe trugen, hielt ihm der jetzt auch verstorbene Oberbürgermeister Otto Beck, der größten Stadt unseres Landes, eine Grabrede, wie sie keinem Minister schöner gehalten wird.

Und wenn man euch nun sagt, ihr Kleingläubigen, daß man in hundert Jahren auf unsere Zeit zurücksehen wird, wie wir auf die Zeit vor hundert Jahren und länger zurücksehen, wo die Landesfinder von den Fürsten um Geld ans Ausland verkauft wurden, wo man den Bauern das reisende Korn aus lauter Mutwillen zuschanden ritt und sie, wenn sie sich beklagten, noch mit den Hundsnägeln hegte, dann werdet ihr auch wieder lachen oder die Köpfe schütteln und das alles nicht glauben!

Es wird euch immer vom Glauben gepredigt! Wenn es nur etwas nützte. Wenn ihr nur einmal gläubiger würdet und an den Fortschritt und die Zukunft der Menschheit glaubtet. Denn durch nichts in der Welt ist so viel geschadet worden, durch nichts wird das Erdenglied so aufgehalten, als durch eure Kleingläubigkeit! A. B.



Arbeiterkonsumvereine und landwirtschaftliche Genossenschaften.

In früheren Jahren haben die Gegner der Sozialdemokraten den Landwirten vorgeredet, „die Sozialdemokraten wollen mit euch teilen, wollen euch von Haus und Hof verjagen“. Heute glaubt das Märchen vom Teilen auch kein Bauer mehr. Jetzt wird es mit anderen Lügen versucht. Jetzt heißt es: „Die Sozialdemokraten wollen nicht haben, daß der Bauer für seine Sache etwas löst, damit sie die Sachen billig erhalten und der Bauer arm wird und dann auch zu den Sozialdemokraten kommt.“

Immer wieder taucht die Lüge auf: „Die Sozialdemokratie sei der Todfeind der Bauern“. Unsere Gegner sehen mit einer gewissen Angst, wie auch bei den kleinen Landwirten sich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin des arbeitenden Volkes in Stadt und Land ist, ganz gleich, ob der eine als Bauer und der andere in der Fabrik arbeitet. Wir wollen jedem die Frucht seiner Arbeit sichern.

„Ja, ihr seid aber Gegner der Schutzzölle und somit Gegner der Landwirtschaft,“ höre ich manchen sagen. Gewiß sind wir Gegner der Schutzzölle, aber deswegen noch lange keine Feinde der Landwirtschaft.

„Durch die Schutzzölle sind aber die Preise gestiegen und meine Einnahmen haben sich gehoben,“ sagen die Landwirte. Gewiß sind die Preise gestiegen, aber nicht nur für die Sachen, welche der einzelne zu verkaufen hat, sondern für alles, auch für das, was man kaufen muß. Weil eben Zoll auf allen Industrieprodukten und auch auf allen Nahrungsmitteln, die bei uns nicht gepflanzt werden können, liegt. All die kleinen Landwirte, die wenig oder gar nichts zu verkaufen haben, müssen beim Einkauf von Geräten, Kleidern und Nahrungsmitteln, sowie der Futtermittel bedeutend mehr an Zoll bezahlen, als sie beim Verkauf des Getreides oder anderer Sachen Nutzen haben. Man hat die Zölle erhöht auch für die Sachen, welche jeder Landwirt kaufen muß. Nutzen von den Zöllen haben nur

die Großgrundbesitzer und die großen Fabrikanten. Zahlen müssen die Kleinen. Man hat die Zölle und Steuern auf alle Bedarfsartikel erhöht, damit die Reichskasse gefüllt werden kann, ohne daß die reichen Leute Steuern bezahlen.

Gäße das deutsche Reich nicht über tausend Millionen jährlich Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf Lebens- und andere Bedarfsartikel, so müßten unsere Reichen eben Einkommen- und Vermögenssteuer an das Reich bezahlen und um dies zu verhüten, mußten die Zölle und indirekten Steuern erhöht werden und in diesem Winter werden sie wieder erhöht werden, da die Regierung weitere 400 Millionen braucht und die Reichen, welche keine Steuern zahlen wollen, im Reichstage die Mehrheit haben.

„Was bietet ihr uns aber statt der Schutzzölle?“ werdet ihr uns fragen. Hier sei zunächst bemerkt, daß die Sozialdemokratie in den Landtagen überall alle die Mittel bewilligt hat, welche zur Förderung der Landwirtschaft verlangt wurden.

Als das wirksamste Mittel sehen wir aber die genossenschaftliche Organisation an. Das Musterland der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist Dänemark. Ein kleines Land, das vor 50 Jahren eine so verschuldete Landwirtschaft hatte, daß man kaum noch auf Rettung hoffte. Da im Lande nur wenig Industriearbeiter waren, hatten die Bauern keinen Absatz für ihre Produkte. Auf die ausländischen Märkte konnte der einzelne nicht verkaufen. Die Bauern mußten nehmen, was ihnen die Händler gaben. In der höchsten Not griffen einsichtige und opfermutige Männer zur genossenschaftlichen Organisation. Heute hat Dänemark die am höchsten entwickelten landwirtschaftlichen Konsumvereine und auch wirtschaftlich den bestgestellten Bauernstand. Maschinen, die der einzelne nicht beschaffen kann, beschafft die Genossenschaft. Alles, was der einzelne braucht, wird gemeinsam bezogen. Man findet nicht in jedem Dorf eine Anzahl Händler und Krämer. Die einzelnen Genossenschaften schließen sich wieder zu Verbänden zusammen, um die Artikel im großen einzukaufen, um Fabriken zu errichten, in welchen die landwirtschaftlichen Produkte weiter verarbeitet werden. An der Zentrale liefert der einzelne sein Vieh ab. In großen Schlächtereien wird Dauerwurst und Rauchfleisch hergestellt und nach dem Ausland verschickt. An die Zentrale liefert er seine Butter, seine Eier, kurz alles, was er zu verkaufen hat, ab und die Angestellten der Genossenschaft verschicken es nach den entfernten Märkten. Wir finden in Dänemark den Ein- und Verkauf und zum Teil auch schon den Betrieb genossenschaftlich geregelt.

Diese Entwicklung war aber nur durch die umfassende Staatshilfe möglich. Neben der Unterstützung der Genossenschaften tat der dänische Staat alles, um dem Kleinbauer zu helfen. Zu niedrigem Zinsfuß erhält der einzelne und die Genossenschaft Geld vom Staat. Die landwirtschaftlichen Produkte werden auf der Bahn zu äußerst niedrigen Sätzen befördert. Für solche Unterstützung tritt auch die Sozialdemokratie ein. Förderung des Genossenschaftswesens, Förderung der landwirtschaftlichen Fachschulen, Errichtung von Saatgutanstalten, billige Verkehrsmittel, Geld zu niedrigerem Zinsfuß und mögliche Ausschaltung des Zwischenhandels, das sind die Hauptforderungen, welche wir im Interesse der Landwirtschaft erheben.

„Aber wie wollt ihr den Zwischenhandel ausschalten?“ lautet jetzt die Frage. Der Zwischenhandel kann nur ausgeschaltet werden, wenn auf

der einen Seite die Landwirte sich zum Verkauf zusammenschließen und auf der anderen Seite die Konsumenten zum Einkauf organisiert sind. Der einzelne Landwirt muß entweder mit einem geringen Quantum zu Markte fahren ohne nur zu wissen, was er dafür erhält oder aber er verkauft an einen Händler. Der Arbeiter oder Beamte in der Stadt, welcher nicht im Konsumverein ist, muß wieder beim Händler kaufen. Der Zwischenhändler sucht selbstverständlich möglichst billig einzukaufen und teuer zu verkaufen, so kommt es, daß der Bauer oft nicht so viel erhält, als der oder die Händler verdienen und der Konsument doch einen hohen Preis zahlen muß, da der Lebensunterhalt auf die Preise geschlagen wird. Auf acht erwachsene Personen kommt in Deutschland eine handelstreibende Person.

Die dänischen Genossenschaften haben ihre besten Abnehmer an den englischen Arbeiterkonsumvereinen. Diese englischen Konsumvereine haben ihre eigenen Schiffe, welche die Waren in Dänemark holen. Sie haben ihre eigenen Bäckereien, eigenen Mühlen, eigenen Schlächtereien. Hier ist direkter Bezug ohne Zwischenhandel. Der Bauer erhält den Preis, der seiner Mühe und Arbeit entspricht und der Arbeiter kann doch noch zu einem annehmbaren Preise kaufen.

Die deutschen Landwirte brauchten die Konsumvereine nicht im Auslande suchen. Wir haben im Inland schon eine stattliche Zahl von Konsumvereinen mit 1½ Millionen Mitglieder. Wir haben noch etliche Millionen Arbeiter und andere Konsumenten, die noch außerhalb der Konsumvereine stehen. Aber auch bei diesen kommt immer mehr die Einsicht, daß sie sich als Konsumenten organisieren müssen. Es gibt auf beiden Seiten tüchtig zu arbeiten, um den Zusammenschluß zu erreichen. Die Tüchtigsten müssen sich an die Spitze stellen.

Aber auch bei den Wahlen heißt es die Augen aufgemacht. Auch unsere Gegner sprechen heuchlerisch davon, daß der Zwischenhandel die Waren verteuere, aber sie tun nichts, um dem Zwischenhandel entgegenzuarbeiten. Im Gegenteil, gerade die Parteien, welche sich als besonders bauernfreundlich geberden, Zentrum, Konservative und Nationalliberale, haben in den Landtagen schon wiederholt für Steuern gestimmt, durch welche die Konsumvereine erdroffelt werden sollen. Auch in Baden ist der Ruf schon wiederholt ertönt. Es sind auch schon Stimmen laut geworden, welche sich gegen die landwirtschaftlichen Konsumvereine aussprechen. Man wettert in Versammlungen gegen den Zwischenhandel, um den Bauern und den Arbeitern zu gefallen. Hinterrücks dreht man den Konsumvereinen „im Interesse der Händler und Krämer“ den Strick.

Wer gegen die Genossenschaft ist, der ist ein Feind der kleinen Landwirte und der Arbeiter zugleich. Wenn die Landwirte als Produzenten und die Arbeiter als Konsumenten sich organisieren, dann ist das wirtschaftliche Band geschaffen, welches das arbeitende Volk in Stadt und Land verbindet. Ist erst dies wirtschaftliche Band geschaffen, dann wird auch die politische Feindschaft schwinden und wenn sich das arbeitende Volk geeinigt hat, dann wird es auch auf gesetzgeberischem Gebiet diejenigen Reformen durchführen, welche zu einer gesunden Entwicklung für unser Volk notwendig sind.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen. Wenn die Genossenschaften gut gedeihen sollen, dann müssen wir tüchtige Leiter haben. Um tüchtige, fähige Menschen zu erziehen, sind gute Schulen, vor allem auch gute Fach- und Fortbildungsschulen notwendig. Auch in diesem Punkt ist Dänemark

musterfähig. In diesem kleinen Lande bestehen 75 Volkshochschulen, welche im Winter von den Bauernjöhnen und Töchtern besucht werden, zum Teil auf Kosten der Genossenschaften.

Die Genossenschaft bringt Fortschritt. Darum rufen wir den Arbeitern und den Landwirten zu: Tretet ein in die Genossenschaften, arbeitet tüchtig mit und helft immer höhere genossenschaftliche Ziele erringen.

W. E.



Der Kampf um die Rente.

Von Arbeitersekretär Richard Böttger, Mannheim.

Nicht übermäßig mit Reichtümern gesegnet, aber doch glücklich, lebte Josef Würzbacher mit Weib und Kind in seinem Heimatdorfe, einem der idyllisch gelegenen Landgemeinden des badischen Odenwaldes. Reicht und schlecht ernährte ihn seine Scholle. Wenige Morgen Land, ebensoviel Wiesen, 4 Stück Großvieh hatte ihm sein Vater als Erbe hinterlassen. Das Leben Josefs glich einem ewigen Einerlei. Der Kampf ums Dasein, ums Wohl der geliebten Frau, um die Zukunft des vergötterten Kindes, ließen kaum andere Gedanken, als an die Arbeit, in dem biederen Landmanne aufkommen. Was draußen in der Welt sich inzwischen abspielte, der große Kampf der arbeitenden Klasse um eine bessere Existenz, ließ Josef kalt. Was kümmerte ihn all das, was die Versammlungsredner erzählten, die von Zeit zu Zeit die sozialdemokratische Partei ins Dorf schickte. Das waren wohl übertriebene Redensarten, wenn von der Notlage und unsicheren Existenz der arbeitenden Bevölkerung gesprochen wurde. Das war wohl nicht wahr, wenn erklärt wurde, daß der Staat seine Landeskinder in Zeiten des Unglücks, der Not, im Stich ließ. Ihm, dem Josef Würzbacher, war doch bekannt, daß er und mit ihm jeder andere gegen jede Unbill des Schicksals geschützt war. Er war, weil Besitzer einer Landwirtschaft, Mitglied der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Er zahlte alljährlich und pünktlich seine Prämien. Infolgedessen war es auch die Berufsgenossenschaft, die für allen Schaden, der ihn einstmals durch einen Unfall treffen sollte, aufkommen mußte. In diesem guten Glauben sollte leider unser Josef bald getäuscht werden.

Zum August 1906 war es, als den Hof des schaffensfreudigen Landmanns, ein gellender Silberruf durchklang. Beim Abladen der reifen Frucht stürzte Josef Würzbacher von seinem Wagen. Er schlug mit dem Kopfe derart auf den steinigen Boden der Scheuer, daß er bewußtlos liegen blieb. Niemand eilte herbei, dem Bedauernswerten beizustehen. Die Frau Würzbacher war draußen auf dem Felde beschäftigt. Auch die Nachbarn des bäuerlichen Grundstücks hielt die Erntearbeit fern. Die starke Natur Josefs trug vorerst den Sieg davon. Nach einer Stunde etwa, kehrte die Besinnung soweit wieder, daß er instande war, sich über den Hof zu schleppen, — auf allen Vieren freilich. In seiner Wohnstube warf er sich aufs Bett und wartete der allzunotwendigen Hilfe. Hierbei mögen ihm wohl die Gedanken gekommen sein: Was wird aus meiner Ernte, wer wird sie in die Scheuer bergen? Wird für mich auch während der Krankheit gesorgt sein?

Wegen dem langen Ausbleiben ihres Mannes besorgt, eilte die Frau Würzbacher vom Felde der Wohnung zu. Hier fand sie den Ver-